

Dorothea Schmidt



Berlin, April 2011

18 Die Lehre von der Wirtschaft und ihre Studierenden

***In: Maier, Friederike; Fiedler,
Angela (Hrsg.): Verfestigte
Schieflagen. Ökonomische
Analysen zum
Geschlechterverhältnis, Berlin
2008, Seite 95-122***

Dorothea Schmidt

Die Lehre von der Wirtschaft und ihre Studierenden – Berlin 1900-2000

1. Einleitung

Die Wirtschaftswissenschaften haben sich in den letzten Jahren von einem Männer- zu einem gemischten Studienfach und zur quantitativ wichtigsten Disziplin für angehende Akademikerinnen entwickelt. Betrug der Anteil der Studentinnen der Betriebswirtschaftslehre 1972 (in der „alten“ Bundesrepublik) knapp 10 Prozent, so stieg er bis 1999 (im vereinigten Deutschland) auf knapp 40 Prozent. Bei den Studierenden der Volkswirtschaftslehre erhöhten sich die entsprechenden Anteile von rd. 15 Prozent auf rd. 34 Prozent (Statistisches Bundesamt, Bildungsstatistik, VII C – 5.11).

Warum blieben wirtschaftswissenschaftliche Studien den meisten Frauen für lange Zeit verschlossen? Passten Frauen nicht in die Kultur dieser Fächer, so dass sie sich ihnen gar nicht erst zuwandten oder nahmen sie mit ihrer Entscheidung gegen sie lediglich vorweg, dass für sie in der späteren wirtschaftlichen Praxis, für die diese Studien vorbereiten sollten, keine adäquaten Beschäftigungspositionen vorgesehen waren? Und woher kamen Anstöße, dass sich diese lange Zeit weitgehend festgefrorenen Strukturen nach und nach doch änderten? Diese Fragen gehören zu dem Themenspektrum, das im Rahmen eines von der DFG geförderten Projekts bearbeitet wurde. Seine Ergebnisse werden 2008 unter dem Titel *Auf halbem Weg – die Studien- und Arbeitsmarktsituation von Ökonominen im Wandel* (Mitautorinnen: Andrea-Hilla Carl und Friederike Maier) bei der *edition sigma* erscheinen. Ich möchte in diesem Beitrag die Entwicklung und Veränderung der Studiensituation seit 1900 skizzieren.

2. Die Volkswirtschaftslehre – bereits um 1900 als wissenschaftliche Disziplin anerkannt

In Berlin wurde die Nationalökonomie bereits ab 1834 gelehrt und in den 1880er Jahren entstand an der Friedrich-Wilhelm-Universität ein wirtschaftswissenschaftliches Institut, in dem Nationalökonomien, Statistiker, Agrarhistoriker und Finanzwissenschaftler zusammenarbeiteten. Um 1900 konstituierte die Nationalökonomie eine *community of science*, deren Berechtigung außer Frage stand.

Aussicht auf eine Anstellung hatten Volkswirte in erster Linie bei staatlichen oder halbstaatlichen Einrichtungen, so insbesondere bei den Handelskammern, die im ersten Drittel des Jahrhunderts in vielen deutschen Städten entstanden waren und deren Zahl in der folgenden Zeit

stetig zunahm – 1907 gab es allein in Preußen 150 davon. Parallel dazu bildeten sich während des Kaiserreichs weitere korporatistische Strukturen heraus, die ebenfalls neue Arbeitsgelegenheiten für diese Akademiker-Gruppe boten: aus Fachvereinen der Arbeiter wurden große Branchen-Gewerkschaften und Dachverbände, Handwerker organisierten sich in Innungen und Handwerkskammern, Unternehmer in Kartellen, Syndikaten, Branchen- und Arbeitgeberverbänden, Selbständige in Fach-Vereinen. Auch der Ausbau kommunaler Leistungen – darunter die Schaffung von Infrastrukturen für die Versorgung mit Wasser und Gas sowie für Kanalisation – führte zur Ausdehnung der städtischen Verwaltungen und ihres Personals. Des Weiteren ließen die Anfänge des Sozialstaats Verwaltungen der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung, Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsichtsämter entstehen. Die Zunahme sozial- und wirtschaftspolitischer Eingriffe ging mit dem Bedarf an einschlägigen Statistiken einher, für deren regelmäßige Erstellung neue Ämter geschaffen wurden wie 1872 das Kaiserliche Statistische Amt, das bis zum Ersten Weltkrieg neben einer Fülle von Einzeluntersuchungen drei große reichsweite Berufs- und Betriebszählungen durchführte (vom Bruch 1989, S. 367ff.).

All diese Entwicklungen förderten somit die Nachfrage nach ökonomischem Sachverstand und brachten zudem eine Neuorientierung der Volkswirtschaft mit sich. Setzte die jüngere historische Schule um Gustav Schmoller und Lujo Brentano auf beschreibende Studien zur Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrer Probleme, so die Statistiker auf quantitative Methoden: „Beide Seiten reklamierten für sich, dem staatlichen, dann auch dem kommunalen Bedürfnis nach genauer Kenntnis sozialer Tatsachen als Voraussetzung für ordnende Maßnahmen in besonderer Weise zu entsprechen. Im Streit um den Vorrang von gezielt eingesetzten Enqueten und von regelmäßigen, methodisch zuverlässigen Erfassungen von Massendaten spiegelte sich sehr deutlich der Hegemonialanspruch beider Richtungen.“ (vom Bruch 1989, S. 370).

Dennoch blieb die Zahl der Studierenden begrenzt, da die Volkswirte bei den meisten dieser Positionen mit Juristen konkurrierten, vor allem, wenn es um Beamtenstellungen ging. Am Staatswissenschaftlich-Statistischen Seminar der Berliner Universität waren im Sommersemester 1890 nicht mehr als 54 Studenten eingeschrieben, 1900 waren es 178, 1910 immerhin bereits 336 und zwanzig Jahre später, 1930, 781 (für 1920 liegen keine Angaben vor) (Zschaller 1997, S. 84ff).

3. Frauen in der Volkswirtschaftslehre vor 1933

An der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität waren Frauen seit 1897 als Gasthörerinnen zugelassen. Helene Simon war eine davon und erinnerte sich später, wie Gustav Schmoller, der sich für die Zulassung von Frauen zum Studium einsetzte, mit der neuen Situation in seiner Vorlesung umgegangen war: „Zum ersten Mal beginnt sein Dank an die treue Schar nicht mit den Worten: ‚Meine Herren‘; diesmal heißt die Anrede ‚Meine Damen und Herren‘. Wüthendes Gescharre und Getrampel. Schmoller übertönt den Lärm. Erneutes Getrampel, zornige Zurufe. Den überlegen lächelnden Blick in die Menge gebohrt, wiederholt der Bänderhallend die Anredeworte; wiederholt sie bis zum völligen Verstummen des Aufstandes; schleudert sie nochmals in die lautlose Stille.“ (zit. nach Schöck-Quinteros 1996, S. 93)

Im Sommersemester 1909 schrieben sich erstmals 17 Studentinnen als ordentliche Hörerinnen im Fach Staatswissenschaften/Volkswirtschaftslehre an der Berliner Universität ein, danach stieg ihre Zahl kontinuierlich bis Ende der 1920er Jahre an, und erreichte im Sommersemester 125. Ihr Anteil vergrößerte sich besonders stark angesichts des Rückgangs der Zahl ihrer männlichen Kollegen während des Ersten Weltkrieges und pendelte sich danach bei Werten um 19 Prozent ein (Zschaler 1997, S. 84ff).

Diese relativ hohen Werte verdankten sich unter anderem dem Umstand, dass bereits vor 1900 einzelne Nationalökonominnen – wie der erwähnte Gustav Schmoller – als entschiedene Fördererinnen des Frauenstudiums auftraten, weil sie davon ausgingen, dass bestimmte Themen publizistisch, wissenschaftlich und praktisch am besten von Frauen bearbeitet werden konnten, insbesondere die seit dem Kaiserreich virulente „Soziale Frage“. Der Nationalökonom Heinrich Herkner setzte sich in diesem Sinn um die Jahrhundertwende für die Mitarbeit von Frauen in einschlägigen Bereichen ein: „Wir schulden Frauen bereits eine Reihe von Arbeiten, die nicht ausgeschaltet werden können, ohne wichtige Glieder in der Kette der nationalökonomischen Forschungen preiszugeben (...). Ähnlich wie die Fabrikaufsicht der Ergänzung durch weibliche Beamte bedarf, wenn die Segnungen der Arbeiterschutzgesetzgebung auch auf die Heimarbeiterinnen ausgedehnt werden, so ist die sozialwissenschaftliche Forschung auf die Mitwirkung von gelehrten Frauen angewiesen, sobald es gilt, das täglich wachsende Gebiet der weiblichen Erwerbsarbeit gründlich und vollständig zu erfassen.“ (Herkner 1899, S. 240) Diese Position war auch in der bürgerlichen Frauenbewegung vorherrschend, wenn davon ausgegangen wurde, Frauen hätten eine besondere „Kulturaufgabe“ im ethisch-sozialen Bereich zu erfüllen (Förder-Hoff 1992, S. 153ff., 163). Die erste Frau, die an der Berliner Universität promoviert wurde (ohne dass sie dort zuvor als ordentliche Hörerin eingeschrieben war), war Alice Salomon im Jahr 1906, und zwar mit einer Dissertation zum Thema „Die

Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit“. Vergleicht man den Frauenanteil an der Berliner Universität mit demjenigen an anderen Universitäten im Deutschen Reich, so zeigt sich, dass die Bedingungen für Studentinnen hier sehr viel günstiger waren als anderswo (Titze 1989, S. 211).

Zumindest in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg entstammten die Studentinnen der Nationalökonomie meist derselben bildungsbürgerlichen Schicht wie ihre Unterstützer, zudem häufig liberalen jüdischen Familien, in denen Bildung immer schon einen hohen Stellenwert hatte (Dauks 1996, S. 126). Auch die studierenden Männer dieser Zeit gehörten zu den oberen Schichten der Gesellschaft, so dass bei ihnen wie bei den Frauen ein enger „Konnex von Bildung und Besitz“ bestand (Titze 1989, S. 220).

4. Die Betriebswirtschaftslehre im Kampf um Anerkennung

Die Betriebswirtschaftslehre sollte unter diesem Namen erst in den 1920er Jahren bekannt werden und stellte als „Handelwissenschaft“ bis dahin ein allenfalls gnädig geduldetes Stiefkind im Kreis der akademischen Familie dar. In den folgenden Jahrzehnten behauptete sie jedoch nicht nur ihren Platz gegenüber den älteren Verwandten, sondern – gemessen an der Zahl der Lehrstühle und der Studierenden – überflügelte sie die anderen Fächer sogar nach und nach. Die neue Disziplin hatte ihren Schwerpunkt in den Anfängen vor allem im Rechnungswesen, stieß dabei allerdings auf Vorbehalte in der wirtschaftlichen Praxis, in der die meisten Unternehmer bis um 1900 das traditionelle Lernen *on the job* für ausreichend ansahen und eine akademische Bildung als Zeitverschwendung erachteten. Aber auch in den Universitäten verhielt man sich eher reserviert. Max Weber brachte die Skepsis seiner Standeskollegen folgendermaßen auf den Punkt: „Man denke sich den Schauder eines durchschnittlichen juristischen Geheimrats, wenn ihm, etwa in einer Rechts- oder Staatswissenschaftlichen Fakultät, zugemutet würde, mit einem Menschen in einer Fakultätssitzung sich zusammenzufinden, der ein so wenig salonfähiges (...) Fach wie etwa Handelsbetriebslehre, gewerbliche Kalkulationslehre und dergleichen verträte.“ (Weber 1911)

Aber steigende Qualifikationsanforderungen im Wirtschaftsleben machten eine akademische Ausbildung, wie es das Beispiel des Auslandes zeigte, notwendig, und so kam es rund um 1900 im Deutschen Kaiserreich zu einem wahren Gründungsboom, da innerhalb weniger Jahre acht Handelshochschulen, meist in Handelsstädten, entstanden. Diese Handelshochschulen wurden meist von engagierten Privatleuten und Handelskammern ins Leben gerufen, in Berlin 1906 durch die Korporation der Kaufleute. Die Gründer hatten Vorbehalte gegenüber den

Universitäten ihrer Zeit, die als Inbegriff der Praxisferne, wenn nicht gar der Praxisfeindlichkeit galten, da dort „Spekulation“ und „reines Erkennen“ gepflegt würden, so dass man die „wissenschaftliche, weltbürgerliche Berufsbildung“ für junge Kaufleute lieber einem ganz neuen Typ von Hochschule auftragen wollte: mit breiterem Horizont als die einfachen Handelsschulen, mit stärkerer Praxisorientierung als die Universitäten. Dabei sollte das Schwergewicht auf den kaufmännischen Vorgängen liegen, da die Handelshochschulen die organisatorischen Probleme der sich stark ausbreitenden industriellen Massenproduktion für nebensächlich hielten und sie als „Betriebswissenschaft“ gerne den Technikern überließen (Henning 1990, S. 71).

Insgesamt strebte man ein dreigliedriges System der kaufmännischen Ausbildung an: die Fortbildungsschule sollte nach der Vorstellung des Syndikus der Berliner Korporation der Kaufmannschaft Max Apt das Personal der Kleinbetriebe heranziehen, die Handelsschule dasjenige für mittelständische Unternehmen und die Handelshochschule das künftige Management der Großbetriebe: „Die Krönung des kaufmännischen Unterrichtswesens soll die Handelshochschule bilden... Wer (...) die höchsten Staffeln der kaufmännischen Laufbahn erklimmen, wer Leiter großer kaufmännischer und industrieller Unternehmungen werden will (...), für den soll die Handelshochschule bestimmt sein.“ (Apt 1900, S. 19)

Die Berliner Handelshochschule bot ein Tagesstudium an, für welches – im Unterschied zu anderen Handelshochschulen – nicht nur eine kaufmännische Ausbildung, sondern das Abitur vorausgesetzt wurde, und bei dem man ein Diplom, ab 1926 sogar einen Dokortitel erwerben konnte. Mitte der 1920er Jahre befassten sich die Studierenden ausgiebig mit Buchhaltung und Bilanz sowie mit Kaufmännischer Arithmetik (darauf entfielen mehr als 50 Prozent der Lehrveranstaltungs-Stunden), während die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre noch weniger als 20 Prozent der Stunden ausmachte. Das neue Fach etablierte sich jedoch zusehends mit namhaften Dozenten wie Friedrich Leitner und Heinrich Nicklisch, wobei wie anderswo das Rechnungswesen und die Wirtschaftslehren des Handels, des Fabrikbetriebs oder des Bankwesens im Vordergrund standen. Des weiteren gab es bereits eine Vorlesung zu „Psychologie und Reklame“ von Walther Moede. Daneben nahm die Volkswirtschaftslehre bedeutenden Raum ein – renommierte Ökonomen wie Melchior Palyi und Moritz J. Bonn unterrichteten hier, Werner Sombart las zur „Theorie und Geschichte des Hochkapitalismus“. Üblich waren außerdem Lehrveranstaltungen zu Chemie und Physik, die für angehende Fabrikanten wichtig schienen, um die Technik von Produktionsprozessen zu verstehen, zudem Kurse für Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Polnisch und Schwedisch (Handelshochschule Berlin 1925).

5. Frauen in der Betriebswirtschaftslehre vor 1933

Frauen waren vom Besuch von Handelshochschulen zwar nicht explizit ausgeschlossen. Doch die Befürworter der neuen Einrichtung gingen stets in aller Selbstverständlichkeit vom Kaufmann und seinen spezifisch männlichen Eigenschaften aus, die dort gefördert werden sollten. So äußerte sich Johann Friedrich Schär 1911 zur Frage der Notwendigkeit von Handelshochschulen und zusätzlicher praktischer Erfahrungen: „Nach wie vor wird der Weg zu hohen und höchsten Stellen im kaufmännischen Beruf durch die Praxis hindurchgehen müssen; erst sie macht den Kaufmann zum schlagfertigen, routinierten Rechner, Buchhalter, Korrespondenten, zum Manne des entschlossenen, raschen Handelns, zum Kenner der Menschen und der Waren, zum fertigen Kaufmann mit weltmännischem Blick.“ (Schär 2002, S. 133)

Nicht nur gängige Vorurteile, sondern bis in die 1920er Jahre auch Hindernisse formaler Art erschwerten oder verhinderten für Frauen den Zugang zu Handelshochschulen. An der Handelshochschule Leipzig etwa lautete die Aufnahme-Bedingung, dass die Bewerber entweder das Abitur erworben haben oder aber Kaufleute sein mussten, „welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst sich erworben und ihre Lehrzeit beendet haben.“ (Raydt 2002, S. 125) Damit war jungen Frauen bis zum Ersten Weltkrieg der Zugang zu den Handelshochschulen praktisch verwehrt, da in Preußen 98 Prozent der Schülerinnen in höheren Mädchenlehranstalten damals Lyzeen oder Oberlyzeen besuchten, die nicht auf ein wissenschaftliches Studium vorbereiteten. Erst 1923 wurde das Abitur an Oberlyzeen möglich (Costas/Roß/Suchi 2000, S. 37ff.).

An der Berliner Handelshochschule waren die Aufnahme-Bedingungen ähnlich wie in Leipzig, darüber hinaus sollten aber auch weitere Personen „mit nachweislich ausreichender Vorbildung“ zugelassen werden, worüber ein Ausschuss entschied. Im Gründungssemester der Hochschule überwand vier Hörerinnen diese Hürde, in den folgenden Jahren stieg ihre Zahl weiter (Zschaler 1997, S. 26f, 84f.). Der Frauenanteil lag hier in allen Jahren bis 1930 über demjenigen aller deutschen Handelshochschulen. Bei den jungen Frauen, die dieses Studium aufnahmen, handelte es sich, so wird vermutet, meist um Unternehmertöchter, die später in das Familienunternehmen einsteigen sollten. Daneben strebten viele den Beruf der Handelslehrerin an. Während die meisten Männer Diplom-Kaufleute wurden, und nur ein kleiner Teil von ihnen Diplom-Handelslehrer, war es bei den Frauen gerade umgekehrt: Drei Viertel von ihnen erlangten den Titel eines Diplom-Handelslehrers, ein Viertel denjenigen des Diplom-Kaufmanns (Titze 1987, S. 50, Hayashima 2004, S. 37f).

Handelshochschulen wurden gelegentlich von Angehörigen des Wirtschaftsbürgertums besucht, also von Söhnen von Großkaufleuten und Großindustriellen, die sich (häufig nur als Gasthörer) darauf vorbereiteten, das väterliche Unternehmen zu übernehmen, daneben jedoch auch von Angehörigen der Mittelschicht, insbesondere aus den Bereichen des Handwerks und des Kleinhandels – was den ursprünglichen Intentionen vieler Gründungen keineswegs entsprach, wonach die Handelshochschulen als Ausbildung für die künftige gesellschaftliche Elite vorgesehen waren (Franz 1998, S. 64). In diesen Kreisen fehlten die Befürworter der Öffnung des Studiums für Frauen.

Dennoch nahm die absolute Zahl der Studentinnen an der Handelshochschule stärker zu als an der Universität. Gab es im Sommersemester 1910 nur 7 Studentinnen, so erhöhte sich ihre Zahl bis 1920 auf 100 und 1930 auf 205. Mit 10-13 Prozent blieb ihr Anteil allerdings erheblich unter dem Stand der Universität (Zschaler 1997, S. 84ff).

Eine wesentliche größere Rolle spielten Frauen in der wirtschaftlichen Praxis bei den expandierenden Angestelltenberufen. Diese eröffneten nicht nur Männern, sondern auch Frauen neue Erwerbchancen, da sie an dieser Veränderung einen überproportionalen Anteil hatten. Die Zahl der weiblichen Angestellten verdreifachte sich von 1907 bis 1925: „Bezogen auf die Gesamtheit kaufmännisch-administrativer Tätigkeiten markiert diese Phase für die Frauenarbeit im Büro den Durchbruch zur Normalität“ (Gottschall 1990, S. 75).

Wenn Frauen vor dem Ersten Weltkrieg in Büros tätig waren, so entstammten sie überwiegend dem kleinen oder mittleren Bürgertum, und erst in den 1920er Jahren wurde die Arbeit als Kontoristin oder Stenotypistin zu einem typischen Aufstiegsweg der Frauen aus Arbeiterfamilien. Er wurde nun immer häufiger über die dreijährige kaufmännische Lehre eingeschlagen, während die privaten Handelsschulen, die ihren Einstieg in diesen Bereich zunächst ermöglicht hatten, nur noch relativ wenig frequentiert wurden (Hagemann 1990, S. 372ff.). Nach einer Erhebung des Gewerkschaftsbundes von 1931 betrug der Frauenanteil bei den Kontoristen 44 Prozent, bei den Kassierern 36 Prozent und bei den Buchhaltern 18 Prozent (Bargholz 1995, S. 202).

Aufstiegsmöglichkeiten im Betrieb hatten Kontoristinnen und Stenotypistinnen kaum – allenfalls konnten sie Privatsekretärin, Korrespondentin, Buchhalterin oder Bürovorsteherin werden (Hagemann 1990, S. 399). Angesichts vorhandener Qualifikationen brauchte es somit für die Festschreibung der großen Mehrheit der Frauen auf einfache und repetitive Tätigkeiten eine neue Stereotypisierung jenseits der traditionellen „Mütterlichkeit“, da ja gerade die Tätigkeit der Familienmutter besonders wenig repetitive und überwiegend ganzheitliche Charakteristika aufwies. So sah ein zeitgenössischer Arbeitgeber als vorgeblich typische Eigenschaf-

ten von Frauen nunmehr: „Fleiß, Ordnungssinn, Sorgfalt, Sauberkeit, Gewandtheit, rasches Auffassungsvermögen, schnelle Übung und Willigkeit zu schematischen, stets gleichartigen Verrichtungen, Unterordnung unter fremden Willen, widerspruchsloses Ausführen erhaltener Aufträge, keine Versuche, die eigene Person in den Vordergrund zu schieben, also auch keine Gesuche um Versetzung an andere Posten, was den Übungsfortschritt unterbrechen würde.“ (zit. nach Gottschall 1990, S. 115).

6. Wirtschaftswissenschaften und Studierende im Nationalsozialismus

Nach anfänglichen Vorbehalten gegen die „Profitlehre“ aus der „Systemzeit“ wurde die Betriebswirtschaftslehre in der Zeit nach 1933 als Fach sehr viel mehr als bisher akzeptiert, was ihre damaligen Vertreter mit Stolz und Genugtuung registrierten. So schrieb Walter Le Coultre 1943: „Wenn späterhin die Geschichte der Betriebswirtschaftslehre und ihrer Literatur weitergeschrieben werden wird, dürfen die Chronisten mit voller Berechtigung sagen, daß der Umbruch von 1933 auch für unser Fach einen Wendepunkt von einschneidender Bedeutung darstellt.“ Er sah in dieser Periode die „allgemeine Anerkennung der Disziplin und ihrer praktischen (...) Nützlichkeit.“ (zit. bei Hundt 1977, S. 127-8)

Die Betriebswirtschaftslehre kann seitdem in der deutschen Wissenschaftslandschaft als etabliert angesehen werden. Dies stellt nicht nur einen Erfolg der anhaltenden Bemühungen des Berufsverbandes der Diplom-Kaufleute VDDK dar, sondern ist auch darauf zurückzuführen, dass die nationalsozialistische Politik besonders großes Interesse an einer praxisnahen Wirtschaftslehre, insbesondere beim Rechnungswesen und beim betrieblichen Personalwesen hatte. Die Zukunft, die das Regime den Angehörigen der deutschen „Volksgemeinschaft“ verhieß, sollte darauf beruhen, dass diese von allen fremden und „unnützen“ Elementen (also von Juden, „Zigeunern“ und anderen „fremdrassigen“ sowie von „Arbeitsscheuen“) bereinigt würde. Aber gleichzeitig sollten alle Formen des früheren Wirtschaftsliberalismus überwunden und eine Lenkung der Wirtschaft durchgesetzt werden, bei der die Ziele der Unternehmen in die große Aufgabe der späteren Weltherrschaft eingebunden wurden. Nach 1933 bemühten sich führende Nationalsozialisten hier wie in anderen Wissenschaften, ähnlich der „deutschen Physik“ und der „deutschen Chemie“, auch eine „deutsche Wirtschaftswissenschaft“ ins Leben zu rufen. Entsprechend hieß es in den Richtlinien von 1935, man wolle die bisherigen wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen grundlegend umgestalten, um individualistische, liberalistische und erwerbswirtschaftliche Orientierungen zu überwinden. Nunmehr wolle man „Gestalter und Wahrer der Volkswirtschaft heranbilden, Männer, die die Wirtschaft bis

in die betriebliche Einzelzelle hinein kennen, dabei aber wissen und beherzigen, daß auf die Dauer eine gesunde Einzelwirtschaft nur in einem gesunden und starken Volk und Staat bestehen kann. Steigerung aller völkischen Kräfte zu höchster Leistung ist das Ziel, Gemeinnutz vor Eigennutz die Losung!“ (Handelshochschule Berlin 1938/39). Die Realisierung dieses hochtönenden, aber inhaltlich vagen Projekts blieb im Großen und Ganzen auf die Weiterentwicklung des Rechnungswesens beschränkt. Mit Hilfe einer Vielzahl von staatlichen Erlassen und Verordnungen wurde die Standardisierung der Kostenrechnung vorangetrieben. Nach der Festlegung der Allgemeinen Grundsätze der Kostenrechnung wurden branchenbezogene Kostenrechnungsrichtlinien entwickelt und auch die Fachterminologie vereinheitlicht (vgl. Schweitzer/Wagener 1998, S. 443f.).

In der Volkswirtschaftslehre gab es zunächst gleichfalls keinen grundsätzlichen ideologischen Bruch, aber eine deutliche Verschiebung der Gewichte: „An der klassischen Nationalökonomie orientierte Richtungen gerieten ins Abseits, während die in den zwanziger Jahren vermeintlich im Untergang befindlichen historischen und romantischen Richtungen einer neuen Blüte entgegenzugehen schienen.“ (Janssen 1998, S. 13) Eine „deutsche Wirtschaftslehre“ entstand gleichwohl nicht, vielmehr äußerte sich das neue Denken in einem Amalgam von Versatzstücken aus früheren Perioden, die auf eine biologisch-rassistische Grundlage gestellt wurden. Die Entwicklung einer im eigentlichen Sinn nationalsozialistischen Theorie stand überdies vor dem Problem der allgemeinen Theoriefeindlichkeit dieser Ideologie. Insgesamt dominierte eine pragmatische Orientierung, weshalb der Wirtschaftspolitik sehr viel größere Bedeutung zugeschrieben wurde als der Wirtschaftstheorie. Nach den Worten eines Zeitgenossen kam es zu einer „Wiedergeburt des staatspolitischen Denkens“ (zit. bei Janssen 1998, S. 471). Dem nationalsozialistischen Staat wurde zugetraut, die Volkswirtschaft im Sinn des Gemeinwohls ordnen und lenken zu können. Schlüssige Konzepte entwickelten sich daraus allerdings keine, zumal sich die staatliche Politik bereits vor der Entfesselung des Krieges, um so mehr aber von diesem Zeitpunkt an, auf vielen Gebieten von herkömmlichen Vorstellungen der Regulierung von Marktwirtschaften weit entfernt hatte und wachsende innere Widersprüche aufwies – so etwa bei der Geld- und Finanzpolitik, die mehr und mehr zu einer ungeheuren zurückgestauten Inflation führte (vgl. Janssen 1998, S. 490ff.).

Für das anvisierte nationale Vorhaben erschien die bisherige Trennung der Fächer Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre als nicht mehr zeitgemäß und es gab wiederholt Ankündigungen, sie zusammenzuführen, doch dazu kam es letztlich nicht. Gleichzeitig veränderte sich auch der Stellenwert der beiden Fächer. Die Rhetorik der Zurückdrängung von Einzelinteressen und der absoluten Vorrangstellung der Gemeinschaft hätte erwarten lassen,

dass man sich um eine Stärkung der Volkswirtschaftslehre bemüht hätte. Faktisch blieben die Planungsanstrengungen des Regimes zumindest in der Vorkriegszeit begrenzt und auch auf der akademischen Ebene fand eine gegenteilige Entwicklung statt: Gemessen an Zahl und Stunden der Lehrveranstaltungen nahm das Gewicht der Betriebswirtschaftslehre auf Kosten der Volkswirtschaftslehre deutlich zu. An der Berliner Handelshochschule umfassten im Wintersemester 1938/39 mehr als die Hälfte aller Lehrveranstaltungsstunden betriebswirtschaftliche Fächer. Dagegen beschränkten sich die volkswirtschaftlichen Themen, zu denen in den früheren Jahren mehr als 40 Semester-Wochen-Stunden angeboten worden waren, mittlerweile auf vier Stunden. Recht und Fremdsprachen fanden sich ebenfalls in den Hintergrund gedrängt, während allgemeine Gegenstände, die den Nationalsozialisten besonders wichtig und für alle Studienrichtungen verbindlich waren, sehr viel mehr Raum einnahmen – so etwa die „völkischen Grundlagen der Wissenschaft“, bei denen es um „Rasse und Sippe“, Volkskunde, Vorgeschichte und die „politische Entwicklung des deutschen Volkes“ ging (Handelshochschule Berlin 1938/39).

Die Zahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften an der Berliner Universität wie auch an der Handelshochschule ging nach 1933 stark zurück, wobei für Berlin allerdings nur Daten bis zum WS 1935/36 vorliegen, in dem an der Universität im Staatswissenschaftlich-Statistischen Seminar lediglich 510 und an der Handelshochschule 552 Studierende eingeschrieben waren (Zschaler 1997, S. 84ff). Dies entsprach der allgemeinen Entwicklung: Ab 1931, insbesondere aber ab 1933 kam der langfristige Trend des allgemein zunehmenden Hochschulbesuchs zum Stillstand und in den folgenden Jahren erfolgte eine stete Abwärtsentwicklung, innerhalb derer es nur kurze Phasen eines leichten Wiederanstiegs gab – insgesamt erfolgte bei den Studierendenzahlen ein „historisch beispielloser Einbruch“ (Titze 1989, S. 210). Auch die Wirtschaftswissenschaften folgten dieser Tendenz, so dass 1935 ein Tiefstand erreicht wurde, der den Zahlen kurz nach der Jahrhundertwende entsprach. Hintergrund war die nationalsozialistische Politik, die davon ausging, die „Überfüllung“ der Hochschulen mache Restriktionen erforderlich, so dass die Zugangsberechtigung 1934 auf eine Höchstzahl festgelegt wurde, wonach lediglich jeder zweite Abiturient und jede siebte Abiturientin einen Studienplatz erhalten sollte. Nur zwei Jahre später befürchtete man jedoch bereits einen erheblichen Mangel an akademischem Nachwuchs und entschied sich zu einem radikalen Kurswechsel. Nun wurde für den Hochschulbesuch plötzlich wieder geworben. Doch das dramatische Absinken der Studierendenzahlen auf das Niveau vor dem Ersten Weltkrieg ließ sich nicht mehr umkehren, insbesondere nicht mehr nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges (Titze 1989, S. 231).

Entsprechend den neuen ideologischen Gewichtungen änderte sich auch die Verteilung der Studierenden auf die einzelnen Fächer. Während die Bedeutung von Volkswirtschaft und Handelslehramt leicht abnahm, stiegen betriebswirtschaftliche Studien – allerdings bei einem Rückgang der absoluten Zahlen – zum wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Fach auf (Titze 1987, S. 50ff., 165ff.).

Mit dem Rückgang der Studierendenzahlen ging auch eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse einher. Als das Regime die Zahl der Studienplätze bis 1935 kontingentierte, galt dies in verstärktem Maß für Studentinnen. Ihr Anteil sollte auf 10 Prozent begrenzt werden. Das Frauenstudium gänzlich abzuschaffen, wäre im Widerspruch zur nationalsozialistischen Ideologie der getrennten Geschlechterwelten gestanden, zu der das Prinzip „Frauen durch Frauen führen“ gehörte, das in Teilgebieten von Bildung und Erziehung sowie der Sozialen Dienste gelten sollte. Alles in allem entwickelte sich die Zahl der Studentinnen keineswegs nach den ursprünglichen ideologischen Vorgaben, ebensowenig wie es gelang, die Erwerbstätigkeit von Frauen lediglich in „wesensgemäßen“ Bereichen zuzulassen (Schmidt 1987, S. 52ff.).

Beim Studium der Volkswirtschaft hatten Frauen im Sommersemester 1923 einen Höchststand von 1.198 immatrikulierten Studentinnen erreicht, hinter dem die Zahlen nach 1933 weit zurückblieben. Dagegen nahm der Anteil der weiblichen Studierenden in den betriebswirtschaftlichen Fächern zumindest nach 1938 zu und übertraf die Werte Ende der 1920er Jahre. Während relativ hohe Frauenanteile beim Fach Volkswirtschaft (wie auch bei dem kleineren Fach Handelslehramt) Tradition hatten, waren sie in anderen Fächern neu, so in den Handelshochschulen und beim Kaufmännischen Studium (Titze 1987, S. 50ff, 165ff). Als die Verfasser der weiter oben zitierten Richtlinie verkündeten, man wolle „Männer, die die Wirtschaft bis in die betriebliche Einzelzelle hinein kennen“, heranbilden, hatten sie sich offenbar nicht vorstellen können, dass es in diesem Fach eine wachsende Zahl von Studentinnen geben könnte (Handelshochschule Berlin 1938/39). Die Frauenanteile bei den betriebswirtschaftlichen Fächern waren höher als zuvor – allerdings bei sehr niedrigen absoluten Werten (die meist unterhalb des Niveaus von vor 1933 lagen). Die Ausbildung zum Handelslehreramt wandelte sich überhaupt zu einem Frauenfach, erlebte insgesamt aber auch eine besonders starke Schrumpfung.

Die Einsatzfelder der Wirtschaftswissenschaftler änderten sich nach 1933 nicht grundlegend. Genaue Zahlen zur Tätigkeit von Betriebs- oder Volkswirten liegen nicht vor, lediglich solche zur Entwicklung der Zahl der Angestellten insgesamt. Diese nahm nach 1933 weiter zu, bedingt vor allem durch den anhaltenden Trend zur Bürokratisierung der Industrieproduktion, also zur Zunahme der Verwaltungsfunktionen im Verhältnis zu den unmittelbar produktiven

Tätigkeiten. Aber auch die ausufernde Bürokratie des Nationalsozialismus mit seiner Vielzahl von Organisationen, deren Aktivitätsfelder sich teilweise überschneiden, ließen neue Arbeitsplätze für Angestellte entstehen, so etwa bei den staatlich gelenkten Wirtschaftsgruppen, die an die Stelle der früheren Fach- und Branchenverbände traten. Es ist anzunehmen, dass sich im Zuge dieser Entwicklung auch der Bedarf an wirtschaftswissenschaftlich Ausgebildeten vergrößerte, die bei den Treuhändern der Arbeit, den Preiskommissaren oder bei Wehrmachtsbehörden Beschäftigung fanden. Insbesondere aber stieg die Zahl der weiblichen Angestellten, also der Frauen in modernen, städtischen Berufen, die nach der Absolvierung der Handelsschule als Schreibrkraft, Sekretärin, Buchhalterin oder Kontoristin tätig waren – im Widerspruch zum nationalsozialistischen Frauenbild, wonach Frauen vorzugsweise in der Landwirtschaft, als Hausangestellte, Sozialarbeiterinnen oder Lehrerinnen arbeiten sollten. Die Zahl der weiblichen Angestellten nahm von 1933 bis 1939 um 19 Prozent zu (Schulz 1985, S. 192).

Das Bestreben, die traditionelle Geschlechterordnung wieder fester zu verankern, hätte zur Folge haben müssen, das mittlere Management der Unternehmen ausschließlich mit Männern zu besetzen. Doch gerade dieses Vorhaben ließ sich seit Kriegsbeginn mit der zunehmenden Einberufung von Wehrpflichtigen immer weniger verwirklichen. Als ab 1939 immer mehr Männer zum Kriegsdienst einberufen wurden, wurden Stellen in höheren Positionen frei, die dann häufig mit Frauen besetzt wurden und diesen vorübergehend einen bis dahin nicht vorstellbaren beruflichen Aufstieg ermöglichten (Schmidt 1983, S. 153).

Nach 1945 entwickelten sich die wirtschaftswissenschaftlichen Studien und Berufsfelder im Osten und Westen Deutschlands auf höchst unterschiedliche Weise. Dies betraf insbesondere auch die Bedeutung und Stellung der Frauen in ihnen.

7. Wirtschaftswissenschaften, Studierende und WirtschaftsakademikerInnen in der DDR

Das Fach, dem der neue „Arbeiter- und Bauernstaat“ angesichts der anstehenden Aufgaben das größte Gewicht beimaß, war die Technikwissenschaft. Ihre Leistungen galten als Schlüssel für die Bewältigung materieller Mängel, für wachsenden Wohlstand und den angestrebten Vorsprung in der System-Konkurrenz des Kalten Krieges, so dass die absoluten Studierendenzahlen hier lange Zeit sogar über denen der Bundesrepublik angesetzt wurden und innerhalb des gesamten Spektrums der akademischen Disziplinen bis 1989 stets die Spitzenposition einnahmen (Franzmann 2006, C 04). Die technische Intelligenz befand sich nicht nur in einer

starken Position, sondern vertrat auch ein Fach, in das Parteibürokraten nur begrenzt Einblick hatten. Zwar waren Schulungen in Marxismus-Leninismus oder Dialektischen Materialismus für die Studierenden, wie bei den übrigen Fächern, unentbehrlicher Bestandteil ihrer Ausbildung, berührten aber nicht die Essenz des Faches.

Das war bei den Wirtschaftswissenschaftlern anders – insofern entsprach ihre Situation sehr viel mehr den Vorstellungen eines „totalitären“ Zugriffs seitens des Regimes. Hier befand sich die SED nach ihrem Selbstverständnis auf ihrem ureigensten Gebiet und sah es als ihre zentrale Aufgabe an, die „reine Lehre“ ohne Verfälschungen und Abirrungen in die Realität der geplanten Wirtschaft zu überführen. Der ideologische Bannstrahl traf als erstes die Betriebswirtschaftslehre. 1950 stellten parteitreue Ökonomen Überlegungen dazu an, in welcher Weise die „bürgerliche Betriebswirtschaftslehre“ für die Zwecke der neuen Wirtschaftsordnung als Ausgangspunkt dienen und, entsprechend umgestaltet, im neuen System Verwendung finden könnte. Sie kamen zu dem Schluss, „Wirtschaftlichkeit“ sei als systemübergreifender Begriff abzulehnen und stellten fest, es gebe keinen „Betrieb an sich“. Insofern galt die Betriebswirtschaftslehre als „Profitlehre im Dienst des Kapitals“ oder als „letzte Rückzugsfestung der bürgerlichen Ökonomie“, an die man in keiner Weise anknüpfen konnte. Im Jahr 1950 verkündete Walter Ulbricht, sie habe aufgehört, eine eigenständige Disziplin zu sein, worauf die bisherigen betriebswirtschaftlichen Lehrstühle aufgelöst wurden. Fragen der Betriebswirtschaft galten nunmehr als solche, die innerhalb der Wirtschaftsplanung technisch zu lösen waren (Hummel/Walew 1989.S. 35ff, Zachmann 2004, S. 347).

In diesem Sinn gründete das Ministerium für Planung im Oktober 1950 in Berlin-Karlshorst die Hochschule für Planökonomie, wobei ähnlich wie bei anderen Neugründungen von Anfang an jeder Gedanke an frühere Vorstellungen der Autonomie von Hochschulen radikal aufgegeben wurde. So verkündete der Rektor der Karlshorster Hochschule für Ökonomie (dies war seit 1956 der Name der vorherigen Hochschule für Planökonomie) im Jahr 1958 im Rahmen des Programms der „weiteren sozialistischen Umgestaltung der Hochschule für Ökonomie“: „Die Parteiorganisation trägt die Verantwortung für den politisch-ideologischen Inhalt der gesamten wissenschaftlichen und erzieherischen Arbeit an der Hochschule. Der Hauptstoß der ideologischen Offensive an der Hochschule richtet sich gegen den Revisionismus und gegen das Eindringen bürgerlicher Auffassungen. Dazu sind prinzipielle Auseinandersetzungen mit revisionistischen Auffassungen, aber auch mit Erscheinungen des Dogmatismus und des Opportunismus und anderen grundsätzlichen Mängeln in Lehre, Forschung und Erziehung zu führen.“ (Programm... 1958, S. 273) Aus diesem Ziel ergab sich für alle Angehörigen der Hochschule der unbedingte Anspruch, dass sie sich „konsequent und uner-

schütterlich auf den Boden der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellen, gegen Revisionismus und Dogmatismus kämpfen und den Marxismus schöpferisch anwenden“ sollten (ebd. S. 274-5).

Die 1950er Jahre waren die Periode, in der das Hochschulsystem besonders stark ausgebaut wurde, insbesondere in den Bereichen Technik, Pädagogik und Wirtschaftswissenschaften. Die Berliner Hochschule für Ökonomie übernahm im Lauf des Jahrzehnts zwei weitere Spezialhochschulen (ab 1972 führte sich den Namen „Bruno Leuschner“) und entwickelte sich zur größten Ausbildungsstätte, in der sämtliche volkswirtschaftlichen Fachrichtungen vertreten waren. Außerdem wurden zwei weitere Hochschulen gegründet, so dass in den folgenden Jahrzehnten 21 Universitäten und Hochschulen eine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung anboten (Hummel/Walew 1989, S. 37ff, Baske 1989, S. 210).

In den 1960er Jahren galt als Ziel der Planung, die Volkswirtschaft anstelle der bisherigen Orientierung auf extensives Wachstum nunmehr auf eine intensive Entwicklung umzustellen. Das von der Partei beschlossene „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ und die „komplexe sozialistische Rationalisierung“ sollten vor allem durch den verstärkten Einsatz von Kybernetik, lineare Programmierung, elektronische Datenverarbeitung und soziologische Forschung verwirklicht werden: „Viele neue Fragen der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft standen vor den Wirtschaftswissenschaftlern. Sie waren nur zu lösen, indem von den Schlüssen der SED ausgegangen, die Werke von Marx, Engels, Lenin noch gründlicher studiert und die eigenen Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder ausgewertet wurden.“ (Falk 1987, S. 21) An der ideologischen Umklammerung der Wirtschaftswissenschaften durch Partei und politische Klasse hatte sich demnach nichts geändert. Sie beförderte bei den Ökonomen im Großen und Ganzen dogmatische Erstarrungen und die stete Wiederholung formelhafter Bekenntnisse, die „konsequente und vollständige Beachtung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus“ zu garantieren und die „bestmöglichen Bedingungen für die Entfaltung der Schöpferkraft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen“ zu schaffen (Falk 1987, S. 21). Bis 1989 behielt die Wirtschaftslehre den Charakter einer „Offizialwissenschaft“ unter Berufung auf die „ökonomischen Ahnherren Marx, Engels, Lenin und zeitweilig Stalin“, wodurch das „genuine Kritikpotential wissenschaftlicher Theorie entwertet und ihr Innovationspotential als Quelle politischer Erneuerung blockiert“ wurde (Krause 1998, S. 15-16).

Insgesamt resümiert Günter Krause zu Stand und Entwicklung der Wirtschaftstheorie in der DDR, es habe seit den 1960er Jahren durchaus neue und kritische Einsichten gegeben: so zu divergierenden Interessenlagen auf der Ebene von Betrieben und Kombinat und auf der

Ebene der Gesamtwirtschaft, zu Disproportionen zwischen den Geldeinkommen der Erwerbstätigen und dem verfügbaren Warenangebot oder zu Diskrepanzen zwischen Wachstumszielen und ökologischen Erfordernissen. Insofern schließt er sich dem Diktum Helmut Koziols (früherer Direktor des SED-Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung und ZK-Mitglied) an, der nach der Wende äußerte: „Keiner kann doch sagen, weil die DDR-Ökonomen Kommunisten waren, waren sie keine Ökonomen.“ (zit. nach Krause 1998, S. 18) Nach der ursprünglichen Abschaffung der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre brachte deren Wiederauferstehung in Form der „sozialistischen Betriebswirtschaftslehre“ (ab 1973 entstanden erneut betriebswirtschaftliche Lehrstühle) in manchen Bereichen respektable und praxisnahe Ergebnisse hervor, die selbst von bundesdeutschen Ökonomen anerkannt wurden. Aber trotz aller Partei-Verlautbarungen zur engen Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Praktikern in den Betrieben erfolgte deren Austausch immer unter dem wachsamen Auge der Parteiobere – oder unterblieb, wenn diese hierin unzulässig kritische Haltungen oder die Bedrohung ihres Machtmonopols erblickten (Hundt 1977, S. 134, Krause 1998, S. 18f).

Seit 1972 wurden die wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungen für die gesamte DDR einheitlich geregelt. Insgesamt existierten damals acht volkswirtschaftliche und zwölf betriebswirtschaftliche Studiengänge, die sich bis 1988 in elf volkswirtschaftliche Studiengänge (wie Politische Ökonomie, Wirtschaftsgeschichte oder Außenwirtschaft) und 20 betriebswirtschaftliche Studiengänge (wie Betriebswirtschaft der Landwirtschaft, des Transports, des Handels oder des Nachrichtenwesens) ausdifferenzierten. Einige dieser Studiengänge zielten auf Querschnittsaufgaben beim späteren Einsatz in Planungsbehörden oder Industriebetrieben (wie die Arbeitsökonomie oder die Finanzwirtschaft der Kombinate und Betriebe), andere waren auf ganz bestimmte Sektoren orientiert (wie Transport, Handel, Tourismus, Gaststätten- oder Hotelwesen). Im Vergleich zu den wirtschaftswissenschaftlichen Studien in der Bundesrepublik waren vor allem die betriebswirtschaftlichen Studiengängen von vornherein sehr viel enger auf mögliche berufliche Einsatzfelder angelegt (und knüpften somit an die Tradition der alten Wirtschaftszweiglehren an). Insgesamt handelte es sich um ein stark verschultes System mit verbindlichen Stundenplänen. Nach mehreren Änderungen und Überarbeitungen im Lauf der vorangegangenen Jahrzehnte waren 1988 die wichtigsten Fächer für die Grundausbildung Wirtschaftswissenschaft: Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie des Kapitalismus, Politische Ökonomie des Sozialismus, Geschichte der Politischen Ökonomie, Wirtschaftsgeschichte, Mathematik, Informatik, Rechnungsführung und Statistik, Sozialistisches Recht, Technisch-technologische Grundlagen, Sozialistische Volkswirtschaft, Sozialistische Betriebswirtschaft, Sozialistische Arbeitswissenschaften, Leitung in der sozialistischen

Wirtschaft, Geheimnisschutz, Fremdsprachen und Sport (Hummel/Walew 1989, S. 64f). In Bezug auf die Zahl der Studierenden hatte die DDR von Anfang an ehrgeizige Ziele. Diese nahm vor allem in den 1950er und 1960er Jahren stark zu. Im Jahr 1971 stellte das Zentralkomitee der SED allerdings fest, eine weitere Erhöhung würde die „Möglichkeiten und auch die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedürfnisse übersteigen“ (zit. nach Baske 1998, S. 216). Tatsächlich wurden die Planzahlen seither niedriger angesetzt, so dass die Zahl der Studierenden Mitte der 1970er Jahre ihr Maximum erreichte und seither leicht zurückging. Der Anteil der weiblichen Studierenden lag bereits in den 1960er Jahren relativ hoch und hielt sich stets über den entsprechenden Werten in der Bundesrepublik (Franzmann 2006, C. 03).

Stand bis Anfang der 1960er Jahre der Ausbau der Pädagogik im Vordergrund, so wurden deren Studierendenzahlen seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre durch die Expansion der Technikwissenschaften in den Schatten gestellt. Die Wirtschaftswissenschaften nahmen in sämtlichen Jahrzehnten den dritten Platz bei der Zahl der Studierenden ein. Ihr Anteil lag in den Jahren 1962 und 1972 bei 16%, 1982 dagegen nur noch bei 13% der Studierenden (Franzmann 2006, C. 03).

Parallel zu diesen Entwicklungen veränderten sich die Frauenanteile bei den Studierenden. Bereits Anfang der 1970er Jahre waren 38% der Hochschulstudierenden in den Wirtschaftswissenschaften weiblich und bis 1988 stieg ihr Anteil auf 67%, lag also wesentlich höher als ein Jahrzehnt später im vereinigten Deutschland. Diese Frauenquote war die höchste von allen Disziplinen (Winkler 1990, S. 47, Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005 (b), S. 20).

Die ausgeprägte Feminisierung des Studiums der Wirtschaftswissenschaften wirft die Frage auf, ob dies eine von den Bildungsplanern intendierte Entwicklung war oder ob das tendenzielle Wegbleiben der männlichen Studierenden eher ein ungewolltes Ergebnis darstellte. Allgemein hatte sich das sozialistische Regime die Gleichberechtigung von Mann und Frau von Anfang an auf die Fahnen geschrieben, doch zeigte sich in den folgenden Jahren, dass damit in erster Linie gemeint war, die Erwerbsquote der Frauen zu erhöhen. Die in früheren Jahrzehnten als selbstverständlich angesehene Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, bei der Frauen die Aufgabe der Haus- und Familienarbeit zugewiesen bekamen, wurde auch in der DDR kaum in Frage gestellt, sondern es wurde in erster Linie nach Möglichkeiten gesucht, den Frauen die mit zunehmender Erwerbstätigkeit einhergehende Doppelbelastung zu erleichtern: vor allem durch die Einrichtung von Kinderhorten und Kindergärten sowie durch die Einführung des „Hausarbeitstages“ (Ostow 1993).

Ende der 1950er Jahre verstärkten sich die Bemühungen, Frauen den Zugang zu den Wissenschaften zu erleichtern, wobei die politische Klasse vor allem die Technikwissenschaften im Visier hatte. Wenn die Zahl der Studentinnen bei den Wirtschaftswissenschaften besonders stark zunahm, so war das vermutlich nicht unmittelbares Ergebnis der Frauenfördermaßnahmen, die neben der allgemeinen Erhöhung des Frauenanteils ja vor allem auf die technischen Fächer abzielten, nicht aber explizit auf die ökonomischen Studiengänge. Vielmehr wurde die Zunahme der Zahl der Studentinnen hier von einer Abnahme der Zahl ihrer männlichen Kommilitonen begleitet, die etwa an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ seit Mitte der 1970er Jahre von 1.582 (1976) auf 1.175 (1985) zurückging (danach stieg sie wieder leicht an) (FHTW: Archiv/Schriftgutverwaltung, Sign. 14866, 17870/3, 19719).

Eine mögliche Erklärung für das abnehmende Interesse der männlichen Studierenden an den Wirtschaftswissenschaften könnte darin liegen, dass die technischen Studien etwas größere Freiräume boten als die Wirtschaftswissenschaften, bei denen – wie bereits in bezug auf die Forschung ausgeführt wurde – die Inhalte in besonderem Maß ideologisch überfrachtet waren. Zudem wurden gerade hier hohe Ansprüche an Lehrende und Studierende formuliert. So heißt es im *Programm der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Hochschule für Ökonomie* aus dem Jahr 1958: „Student unserer Hochschule zu sein heißt, sich nicht nur ein großes politisches und fachliches Wissen anzueignen, sondern bereits während des Studiums dieses Wissen in den Dienst des sozialistischen Aufbaus unserer Republik zu stellen. Student unserer Hochschule zu sein heißt Kämpfer zu sein mit einer hohen sozialistischen Moral (...) Der Student unserer Hochschule muß, erfüllt von der Liebe zu unserer Republik, bereit sein, die Errungenschaften unseres sozialistischen Aufbaus zu verteidigen. Nur dann wird er, unter Einsatz seiner ganzen Person, für unseren Arbeiter- und Bauernstaat eintreten können.“ (Programm... 1958, S. 282) Die Studierenden sollten nicht nur regelmäßig Vorlesungen besuchen und von sich selbst höchste Leistungen verlangen, sondern auch alle Möglichkeiten außerhalb des Studiums nutzen, um ihr Allgemeinwissen zu vergrößern, insbesondere durch das Lesen von Tageszeitungen und wissenschaftlichen Zeitschriften. Die Erreichung der hohen Ziele blieb, wie ein früherer wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hochschule später berichtete, nicht allein der Selbstdisziplin der Studierenden überlassen : „An der Hochschule in Karlshorst wurde die Unterbringung der Studenten – mit Wohnsitz außerhalb Berlins – im Internat nach einer Anlaufzeit sofort obligatorisch, Privatunterkunft nicht vermittelt. Studium und Internatsleben wurden nun auch so organisiert, daß Gebräuche eines bürgerlich gearteten Studentenlebens, womöglich mit elitären Herausstreichungen des Studenten, gar nicht erst aufkommen konnten.“ Dies brachte der Hochschule für Ökonomie die „ehrentvolle Bezeichnung ‚rote

Hochschule“ ein – manche sollen sie allerdings auch als „rotes Kloster“ erlebt haben (Kubatzki 1989, S. 10). Viele männliche Studierende hielten sich von diesem extrem regulierten Studentenleben offenbar lieber fern und überließen den Frauen diese Studiengänge.

Im Berufsleben außerhalb der Hochschulen erwies sich die herkömmliche vertikale geschlechtsspezifische Segregierung als relativ zählebig, und dies galt auch für die Tätigkeit von ÖkonomInnen. Die schrittweise Ausschaltung privaten Eigentums und privater Initiative führte für sie nach dem Modell der sowjetrussischen Planungsirtschaft zur Entstehung neuer und relativ deutlich abgegrenzter Berufsfelder. Sie waren als Diplom-Wirtschaftler, Diplom-Ökonomen oder FachschulökonomInnen tätig, und zwar entweder innerhalb des Ministeriums für Planung (später: Staatliche Plankommission) bei der Erstellung und Koordinierung der Pläne, bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik oder bei der Berichterstattung und Kontrolle über die Planerfüllung oder aber in den Betrieben und KombinatInnen als Direktoren, Buchhalter oder sonstiges „kaufmännisches Personal“ (Stein 1995). Viel früher als im Westen war der „Ökonom“ in der DDR ein „gemischter“ Beruf bzw. in einigen Fachgebieten wie der Arbeitsökonomie sogar ein Frauenberuf (vgl. Stein 1995). Die Erfahrungen in anderen Berufsfeldern lassen annehmen, dass das sozialistische Projekt einer radikalen Umwälzung der bisherigen Ordnung der Geschlechter allerdings auch hier auf halber Strecke stehen blieb. Bei IngenieurInnen etwa waren fast alle höheren Leitungsfunktionen weiterhin den Männern vorbehalten, außerdem zeigte sich, dass mit dem Eintritt der Frauen in die technische Berufe innerhalb dieser neue Wertigkeiten von einzelnen Spezialisierungen geschaffen wurden und Männer und Frauen sich auf diese höchst ungleichmäßig verteilten (vgl. Zachmann 2000, S. 249ff). Bei ÖkonomInnen zeigt sich im Großen und Ganzen die gleiche Tendenz: „(...) die DiplomökonomInnen (waren) zwar auf der ganzen Breite möglicher Berufsfelder tätig, zu etwa 30% auch in Leitungspositionen, (...) (erreichten) hier aber höchstens die mittlere Leitungsebene... Unter den Direktoren der etwa 150 zentral geleiteten Kombinate waren maximal 3 Frauen“ (Stein 1995, S. 157).

8. Wirtschaftswissenschaften, Studierende und WirtschaftsakademikerInnen in der Bundesrepublik

In den 1920er Jahren war die Volkswirtschaftslehre in eine Krise geraten, von der sich das Fach auch in der Zeit des Nationalsozialismus nicht erholte. Mit dem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“, das vor allem auf Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard zurückging, verbesserte sich das Ansehen der Volkswirtschaftslehre in der Nachkriegszeit im Vergleich

zum vorhergehenden Jahrzehnt wieder stark, da der spektakuläre wirtschaftliche Aufschwung der 1950er Jahre in enger Verbindung mit diesem Konzept gesehen wurde. Gleichzeitig suchte man den erneuten Anschluss an die internationale Diskussion, die sich mittlerweile vor allem auf den Gebieten der Gleichgewichtsökonomie, der Kreislauf-, Beschäftigungs- und Wachstumstheorie weiterentwickelt hatte (vgl. Henning 1993, S. 185, Brandt 1993, S. 466).

Der eigentliche *shooting star* der Jahrzehnte nach 1945 war jedoch die Betriebswirtschaftslehre. Wie an den Vorlesungsverzeichnissen und Prüfungsordnungen der 1949 entstandenen Freien Universität zu sehen ist, erfolgte ihr Aufstieg zunächst vor allem auf Kosten der Propädeutik. Hatten die propädeutischen Fächer an der Berliner Handelshochschule Mitte der 1920er Jahre noch mehr als 50 Prozent der Lehrveranstaltungs-Stunden ausgemacht, so wurden sie nun im wirtschaftswissenschaftlichen Studium an der Freien Universität auf die hinteren Ränge verwiesen. Dagegen nahm die Bedeutung betriebswirtschaftlicher Fächer gegenüber dieser Zeit zu, wenngleich sie weniger ausgeprägt war als während des Nationalsozialismus. Die Angebote zu volkswirtschaftlichen Themen waren in den 1920er Jahren bedeutend, in der Handelshochschule von 1938/39 jedoch auf einen kümmerlichen Rest zusammengeschrumpft. Bis in die 1980er Jahre konnten sie ihren Stellenwert wieder vergrößern, sahen sich aber seit den 1990er Jahren von der Betriebswirtschaftslehre überflügelt. Im WS 1999/2000 verhielt sich das Verhältnis von volkswirtschaftlichen zu betriebswirtschaftlichen Lehrveranstaltungen 31 Prozent zu 39 Prozent (siehe dazu die entsprechenden Vorlesungsverzeichnisse der FU Berlin). Bundesweit gesehen zeigt sich die wachsende Beliebtheit des Fachs Betriebswirtschaftslehre auch daran, dass die Zahl der Ordinarien an den Universitäten stark zunahm. Hatte es in den 1930er Jahre etwa 30 Professuren gegeben, so stieg deren Zahl in der Bundesrepublik im Jahr 1970 auf 128, bis 1989 auf 517 (Gaugler 1992, S. 453f).

Die Betriebswirtschaftslehre war in der Nachkriegszeit West-Berlins aber nicht auf die Universitäten beschränkt. Neben der universitären Neugründung der Freien Universität nach der Teilung Berlins entstanden weitere Ausbildungseinrichtungen unterhalb der Universitätsebene: zuerst 1952 das Hochschulinstitut für Wirtschaftskunde, das sich als Nachfolgeorganisation der Berliner Handelshochschule verstand, faktisch aber nur ein Außeninstitut der früheren wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität darstellte und ein Abendstudium für Berufstätige anbot. Ab 1964 kam die Höhere Wirtschaftsfachschule dazu, an der ein betriebswirtschaftliches Tagesstudium absolviert werden konnte. An beiden Einrichtungen machten die betriebswirtschaftlichen Fächer den Großteil aller Lehrveranstaltungen aus (Schmidt 2004, S. 113ff).

Seit Ende der 1960er Jahre verstärkten sich die Bemühungen, neue Wirtschafts-Hochschulen ins Leben zu rufen. Die zunehmende Beliebtheit wirtschaftswissenschaftlicher (und vor allem betriebswirtschaftlicher Studien) ließ Erich Gutenberg bereits 1957 das „Problem der Vermassung“ beklagen und führte ihn in Bezug auf die Studierenden zu der bängigen Frage: „Wird ihnen die Universität noch jenes geistige Erlebnis, das sie doch vielen von uns gewesen ist?“ (Gutenberg 2002, S. 26) In der Tat wollte man der anhaltenden Überfüllung der Universitäten mit der Schaffung eines neuen Hochschultyps begegnen: mit Fachhochschulen, in denen die Lehre und die Anbindung an die Praxis im Vordergrund stehen sollten. Die ersten entstanden 1969 in Flensburg, Kiel und Lübeck, die Berliner Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) im Jahr 1971 (Schmidt 2004, S. 150). Das Ziel dabei war, wie es in einer Expertise Anfang der 1980er Jahre formuliert wurde, AbsolventInnen für unterschiedliche Einsatzfelder zu qualifizieren: „Während der Universitätsabsolvent nach wie vor eher als zukünftige Führungskraft gesehen wird, findet der Fachhochschulabsolvent mehr auf der herausgehobenen Sachbearbeiterebene Verwendung.“ (zit. nach Hummel 1984, S. 95).

Das rasante quantitative Wachstum war von einer starken Ausfächerung der Inhalte wie der Methoden begleitet. Auch änderte sich das Gewicht einzelner Disziplinen – gemessen an der Zahl der Lehrstühle überflügelte insbesondere das Marketing zunehmend andere Spezialisierungen (Gaugler 1992, S. 456).

Bis Mitte der 1970er Jahre nahm die absolute Zahl der Studierenden nur allmählich zu. Im WS 1969/70 erreichte sie in West-Berlin gerade einmal den Wert von 1906/07 (der sich damals allerdings auf die Studierenden in ganz Berlin bezog, Zschaler 1998, S. 81ff.). Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre stellten bis dahin alles andere als Modefächer dar. Seit Mitte der 1970er Jahre änderte sich dies. In Berlin stieg die Zahl der Studierenden im Fach Betriebswirtschaft im Lauf der 1980er Jahre um + 97 Prozent (auf Bundesebene sogar um + 175 Prozent). In den 1990er Jahren hielt der Anstieg in Berlin weiter an, fiel aber mit +31 Prozent nicht mehr ganz so hoch aus (auf Bundesebene betrug er + 17 Prozent). Der im Bundesdurchschnitt hohe Wert für Berlin verdankte sich in dieser Zeit zu einem erheblichen Anteil dem Zuwachs durch die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge an der Humboldt-Universität und an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (frühere Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“). Die Volkswirtschaft zog zwar ebenfalls mehr Studierende als zuvor an, zeigte insgesamt jedoch ein wesentlich schwächeres Wachstum auf (Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik; Statistisches Bundesamt, Lange Reihen-Studierende).

Wie sehr sich das Gewicht der Betriebswirtschaftslehre im gesamten Fächerspektrum der Hochschulen verändert hat, ist daran zu sehen, dass auf dieses Fach 1980 4 Prozent aller Stu-

dierenden entfielen, 2000 aber bereits 8 Prozent. Im Wintersemester 2002/03 hat sich das Fach überhaupt an die Spitze aller Studienfächer gesetzt – vor den Rechtswissenschaften, der Germanistik und der Medizin (Statistisches Bundesamt, Lange Reihen-Studierende sowie Fachserie 11, R 4.1).

Dabei gab es seit Mitte der 1990er Jahre eine deutliche Verschiebung von den Universitäten hin zu den Fachhochschulen. Deren Anteil an den Wirtschafts-Studierenden betrug in West-Berlin 1975 25 Prozent, im vereinigten Berlin 1995 bereits 35 Prozent und 2000 42 Prozent. Entsprechend verringerte sich der Stellenwert der Universitäten (Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik, eig. Berechnung).

Einen noch stärkeren Wandel erlebte in den letzten fünfzig Jahren allerdings die Beteiligung der Frauen an den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen. Die wachsenden Anteile seit den 1970er Jahren könnten vermuten lassen, dass es sich hier um eine allmähliche Entwicklung handelt, die ihren Ausgang in einer besonders niedrigen Beteiligung von Studentinnen in den 1950er Jahren nahm. Doch am Beispiel des Hochschulinstituts für Wirtschaftskunde ist zu sehen, dass der Anteil der Frauen damals – in Fortsetzung der Kriegsverhältnisse – noch bei rund 20 Prozent lag und erst im folgenden Jahrzehnt stark absank (Schmidt 2004, S. 127). Erst seit den 1970er Jahren begann die Zahl der Studentinnen wieder anzusteigen, und dies insbesondere im Fach Betriebswirtschaft, bei dem im Jahr 2000 48 Prozent der Studierenden weiblich waren. Etwas anders sah es bei der Volkswirtschaftslehre aus. Mitte der 1970er Jahre entsprach der Frauenanteil in etwa demjenigen an der Berliner Universität von 1930 (19 Prozent), allerdings bei höheren absoluten Zahlen. Er stieg in den folgenden Jahren zwar weiter an, erreichte aber mit 34 Prozent im Jahr 2000 lediglich den Stand der Betriebswirtschaft von 1990, hinkte dieser also hinterher. Vergleicht man die Werte der Berliner Universitäten mit denjenigen der Fachhochschulen, so zeigt sich, dass seit Mitte der 1970er Jahre gerade die Fachhochschulen eine Vorreiterrolle bei der zunehmenden Feminisierung von wirtschaftswissenschaftlichen Studien einnahmen. Sie wiesen von Anfang an relativ hohe Frauenanteile auf, so bereits 1975 25 Prozent, um 2000 den Wert von 53 Prozent zu erreichen (Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik, verschiedene Jahrgänge).

Wie weiter vorne beschrieben wurde, setzte die tendenzielle Feminisierung der Büros bereits sehr viel früher ein, und war auch durch den Nationalsozialismus nicht unterbrochen worden. Die Frauenquote lag hier 1925 knapp unter 30 Prozent und stieg vor allem nach Kriegsbeginn stark an. Ab 1950 war die Mehrheit der Beschäftigten in den Büros weiblich (Willms-Herget 1985, S. 243). Dabei zeigte sich spätestens seit den 1970er Jahren ein Wandel der Qualifikationsanforderungen. Eine Erhebung bei Industriebetrieben ergab, dass dort „einfache“ Tätigkei-

ten, für die keinerlei Berufsvorbildung verlangt wurde und bei denen kurze Anlernzeiten ausreichten, zwar bei den Frauen noch für lange Zeit die vorherrschende Form der Beschäftigung bildeten – dazu gehörte etwa die Arbeit der Hollerith-Locherinnen, die Daten zur Verarbeitung auf Hollerith-Lochkarten eingaben. Gleichwohl nahm die Bedeutung derartiger Tätigkeiten nach den 1960er Jahren ab. Vielmehr entstand bei den Unternehmen ein wachsender Bedarf an Arbeitskräften, die eine Lehre als Industriekauffrau (oder als Industriekaufmann) absolviert hatten und im Bereich der qualifizierten Sachbearbeitung eingesetzt werden konnten – sie stellten somit die Nachfolgerinnen der früheren Handelsschülerinnen dar, die als Kontoristinnen oder Buchhalterinnen gearbeitet hatten. Entgegen manchen zeitgenössischen Befürchtungen führte auch die zunehmende Verwendung von Büro-Maschinen, etwa von Diktaphonen oder Buchungsmaschinen, keineswegs zu einer Dequalifizierung der Beschäftigten. Im Gegenteil: Die Mechanisierung ermöglichte es vielfach erst, die wachsende Komplexität von Aufgaben zu bewältigen. Diese Entwicklung wirkte sich für Männer und Frauen in den Industrieunternehmen unterschiedlich aus: Für Männer nahmen anspruchsvolle Tätigkeiten zu, für die tariflich die höchsten Besoldungsgruppen galten, und bei denen selbständiges Arbeiten, die Übernahme von Verantwortung und sowohl Fachkenntnisse wie Berufserfahrung erwartet wurden. Gleichzeitig rückten die Frauen vermehrt in die mittleren Angestelltenpositionen nach (vgl. Grüning 1989, S. 12ff., 38ff.).

Im Gegensatz zu vielen anderen Berufen, die eindeutig als Männer- oder Frauenberufe typisiert waren, galt die Sachbearbeitung nach wie vor als weitgehend „geschlechtsneutral“ – hier waren Männer wie Frauen beschäftigt. Dennoch bildeten sich innerhalb des Spektrums dieser Angestelltentätigkeiten Bereiche heraus, die dem einen oder anderen Geschlecht zugewiesen wurden, so etwa der Außendienst bei Versicherungen den Männern, Sekretariatsarbeiten dagegen den Frauen (Heintz et al. 1997, S. 166).

Demgegenüber bestanden auch in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in Kreisen der Wirtschaft immer noch gewisse Vorbehalte gegen die Beschäftigung von akademisch gebildeten Wirtschaftswissenschaftlern. Dies galt vor allem für die Bereiche des Handels und der Banken, in denen mittlere und höhere Positionen von „Praktikern“ besetzt wurden, die innerbetrieblich aufgestiegen waren. Bei den Kreditinstituten lag der Anteil von Hochschulabsolventen an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1940 bei 2,1 Prozent; bis 1970 erhöhte er sich lediglich auf 2,5 Prozent. Dagegen zeigte die Industrie bereits ein sehr viel größeres Interesse an Wirtschaftsakademikern, und zwar insbesondere die Großunternehmen der Elektrotechnischen und der Chemischen Industrie. In diesem Kontext hatten die wenigen Frauen, die sich damals für ein Studium der Betriebswirtschaftslehre entschlossen, noch ge-

ringere Chancen als Männer, eine adäquate Position zu bekommen. In einer Stellungnahme der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung zu den damaligen Berufschancen von Wirtschaftswissenschaftlern heißt es im Jahr 1974: „Die Gleichberechtigung ist auf diesem Teilmarkt des Arbeitsmarktes sicherlich noch nicht vollzogen. Man kann immer wieder feststellen, daß viele Firmen etwas gegen Akademikerinnen des Faches Wirtschaftswissenschaften haben. Sie befürchten, daß eine Dame, die mit Mitte bis Ende zwanzig Examen gemacht hat, vielleicht ein paar Jahre berufstätig ist und dann durch Heirat aus dem Berufsleben ausscheidet und daß sie sich als künftige Führungskraft zuwenig durchzusetzen vermag.“ (Kiefer 1974, S. 267)

Doch auch für die männlichen Absolventen sah die Zentralstelle nicht unbedingt glanzvolle Zukunftsaussichten. Zwar habe es in den vergangenen Jahren eine wachsende Zahl von diplomierten Kaufleuten und Volkswirten gegeben und die Nachfrage nach ihren Diensten sei im gleichen Maß gestiegen; für die Zukunft sei es jedoch zweifelhaft, ob sich eine derartige Entwicklung fortsetze: „Hier muß vielleicht in Zukunft eine gewisse Umorientierung erfolgen, d.h., wenn alljährlich mehr Akademiker die Hochschule verlassen, insbesondere Wirtschaftsakademiker, werden sich manche auch Gebieten zuwenden müssen, von denen sie bisher angenommen haben, daß sie eines Akademikers ‚unwürdig‘ seien.“ (Kiefer 1974, S. 268) Eine zeitgenössische Prognose sagte für 1980 ein Überangebot von 10.000 Wirtschaftswissenschaftlern voraus (Rodenstock 1976, S. 231).

Volkswirte fanden – wie auch bereits in den 1920er und 1930er Jahren – vorzugsweise eine Beschäftigung in Organisationen der Wirtschaft wie Arbeitgeberverbänden, Industrie- und Handelskammern sowie Wirtschaftsverbänden, außerdem im öffentlichen Dienst und bei Statistischen Ämtern (Netzold/Kiefer 1972, S. 21; Nemitz 1976, S. 240; Interview mit Notker Küng 1976, S. 82f.). Die negativen Arbeitsmarktprognosen sollten sich in der Folgezeit allerdings nicht bewahrheiten, denn weder für die wachsende Schar der Betriebswirte noch für die Volkswirte war in den kommenden Jahren ein Arbeitsmarktproblem zu beobachten. Ihre Beschäftigungssituation war sehr viel weniger negativ tangiert von ökonomischen Konjunkturen und strukturellen Veränderungsprozessen wie diejenige anderer AkademikerInnen (Buttgereit 1992, S. 101).

9. Fazit

Es hat sich gezeigt, dass die insgesamt wachsende Beteiligung von Frauen an Wirtschaftsstudien nicht kontinuierlich, sondern in Wellenbewegungen erfolgte, bei denen wiederholt Phasen der Zunahme von solchen des Rückgangs von Wirtschaftsstudentinnen abgelöst wurden.

Dies steht in einem engen Zusammenhang mit der wechselnden geschlechtlichen Codierung der Wirtschaftsfächer. Die Volkswirtschaftslehre wurde vor und nach dem Ersten Weltkrieg als „männlich“ angesehen, allerdings mit Ausnahme des Teilbereichs der Sozialpolitik, die im Rahmen allgemein geschlechterpolarisierender Vorstellungen als weiblich konnotiert galt, da es hier, anders als bei Fragen des Goldpreises oder der Produktionsfunktionen angeblich vor allem auf „weibliches“ Einfühlungsvermögen ankam. Demgegenüber hatte die Betriebswirtschaftslehre zunächst ein eindeutig männliches Image, da sie für Führungspositionen qualifizieren sollte, in denen man sich Frauen nicht vorstellen konnte. Daran änderte sich zwar auch während des Nationalsozialismus nichts, doch sah sich das Regime entgegen seinen ideologischen Vorgaben gezwungen, relativ mehr Frauen für beide Studienfächer zu rekrutieren. Dagegen zeichnete sich die DDR dadurch aus, dass akademische Studien überhaupt einen hohen Stellenwert hatten und man sich auch darum bemühte, das Studium von Frauen zu fördern – was sich gerade bei den Wirtschaftswissenschaften in besonders hohen Anteilen von Studentinnen niederschlug.

In der Bundesrepublik bestand der frühere Anspruch weiter, Wirtschaftsstudien sollten eine Qualifikation für Führungspositionen vermitteln, aber das Berufsfeld der kaufmännischen Tätigkeiten war noch stärker als zuvor sowohl in vertikaler wie in horizontaler Hinsicht offen. Weder gibt es klar strukturierte Berufseinmündungsprozesse, noch klar definierte Tätigkeitsfelder und/oder Positionen, die ausschließlich akademisch ausgebildete Ökonomen und Ökonomen einnehmen würden. Dies hat auch die geschlechtliche Codierung abgeschwächt.

Die Integration der AbsolventInnen wirtschaftswissenschaftlicher Studien erfolgte seit 1900 mehr oder weniger erfolgreich je nach der allgemeinen Lage der Konjunktur und des Arbeitsmarktes, gestaltete sich daher relativ problemlos in den Jahren bis 1914, schwieriger in den 1920er Jahren, insbesondere ab 1929. Diese ersten beruflichen Erfolge der akademisch gebildeten ÖkonomInnen fanden ihre Fortsetzung in der Bundesrepublik, in der die rasch wachsende Zahl von Absolventinnen und Absolventen wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge bis in die 1980er und 1990er Jahre relativ schnell im Berufsleben Fuß fassen konnten. Dabei wurde der Weg der Frauen in die wirtschaftswissenschaftlichen Studienfächer dadurch vorbereitet und geebnet, dass es bereits ein bis zwei Generationen davor üblich wurde, dass sie eine Ausbildung in nicht-akademischen Wirtschaftsberufen absolvierten, also Handelsschulen besuchten und später als Buchhalterin oder Kontoristin arbeiteten. Der Bereich der Wirtschaft war für sie somit vertrautes Terrain, in das sie mit einer akademischen Ausbildung nun zumindest fallweise auch höhere Hierarchiestufen erreichen konnten.

In den Hochschulen ist im Verlauf des letzten Jahrhunderts demnach vieles in Bewegung gekommen: Die Geschlechterwelten sind nun nicht mehr deutlich voneinander getrennt und hierarchisiert. Der wesentliche Antrieb für die beschriebenen Änderungen lag im allgemein steigenden Bildungsniveau und in einem wachsenden Bedarf nach akademisch qualifiziertem Personal in privaten Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen und non-profit-Organisationen. So trat die Betriebswirtschaftslehre seit den 1930er Jahren unter dem Nationalsozialismus ihren Siegeszug an und emanzipierte sich von der früheren Dominanz des Rechnungswesens, um immer weitere fachliche Differenzierungen aufzuweisen. Gleichzeitig kam es in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zu einer stärkeren Beteiligung der Kinder von Angehörigen der unteren, vor allem aber der mittleren Schichten und parallel dazu wurde auch das Frauenstudium immer selbstverständlicher. Gerade bei den Wirtschaftswissenschaften fielen beide Tendenzen zusammen. Hier erweiterte sich die früher tendenziell elitäre Rekrutierung, um auch Angehörige mit niedrigerem sozialem Status zu erfassen, und hier nahm die Beteiligung der Frauen besonders stark zu. Inwieweit diese einschneidenden Veränderungen auch entsprechend bessere Berufschancen der Wirtschaftskademakerinnen nach sich gezogen haben, wurde im zweiten Teil der eingangs genannten Studie untersucht. Dies ist – um das wesentliche Ergebnis zugespitzt zusammenzufassen – jedoch nur ansatzweise der Fall. Denn die Situation der ÖkonomInnen auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor deutlich durch horizontale, vor allem aber vertikale Segregationslinien gekennzeichnet.

Dorothea Schmidt (2008): Die Lehre von der Wirtschaft und ihren Studierenden

Literatur

Apt, Max 1900: Die Errichtung einer Handelshochschule in Berlin. Berlin

Bargholz, Christina 1995: „Tastschreiben“ oder „Tippen“ – Angestelltenarbeitsplätze unter Rationalisierungsdruck. In: Großstadtmenschen, hg. von B. Lauterbach. Frankfurt/M., S. 195-227

Baske, Siegfried 1998: Das Hochschulwesen, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. VI, 2: Deutsche Demokratische Republik, hg. von Führ, Christoph u. Furch, Carl-Ludwig. München, S. 203-228

Brandt, Karl 1993: Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, Freiburg i. Br.

vom Bruch, Rüdiger 1989: Die Professionalisierung der akademisch gebildeten Volkswirte in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Jeismann, Karl-Ernst (Hg.): Bildung, Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Stuttgart, S. 361-379.

Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005: Frauen im Studium – Langzeitstudie 1983-2004. Bonn, Berlin

Buttgereit, Michael 1992: Arbeitsaufgaben und Qualifikationseinsatz von Ökonomen. In: Teichler, U./Buttgereit, M. (Hg.): Hochschulabsolventen im Beruf. Bonn, S. 101-113

Costas, Ilse/Roß, Bettina/Suchi, Stefan 2000: Geschlechtliche Normierung von Studienfächern und Karrieren im Wandel. In: Historical Social Research, No. 2, S. 23-53

Dauks, Sigrid 1996: Das „Frauenstudium“ in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zwischen 1890 und 1933 am Beispiel der Pädagogin Emmy Wolf. In: Dickmann, Elisabeth/Schöck-Quinteros, Eva (Hg.): Politik und Profession. Bremen, S. 121-150

Falk, Waltraud 1987: Zur Entwicklung der ökonomischen Wissenschaften in der DDR. In: Zur Geschichte der ökonomischen Lehre und Forschung in Berlin, Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin, S. 30-49

FHTW (Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin): Archiv/Schriftgutverwaltung (der Hochschule für Ökonomie Berlin).

Förder-Hoff, Gabi 1992: Marginalisierte Selbstbehauptung. In: Schlüter, Anne (Hg.): Pionierinnen, Feministinnen, Karrierefrauen? Zur Geschichte des Frauenstudiums in Deutschland. Pfaffenweiler, S. 147-167

Franz, Heike 1998: Zwischen Markt und Profession – Betriebswirte in Deutschland im Spannungsfeld von Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum. Göttingen

Franzmann, Gabriele 2006: Berufsausbildung und Studium in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1960 bis 1989. Ein Überblick anhand der amtlichen DDR-Statistik. ZA/ZHSF-Datenkompilation, HISTAT, Köln, www.gesis.org/Datenservice/ZHSF/Historische_Statistik/HISTAT-neu.htm, 2.3.2007.

Gaugler, Eduard 1992: Professorenstellen und wissenschaftlicher Nachwuchs. In: Zeitschrift für Personalforschung, Nr. 4, S. 452-481

Gottschall, Karin 1990: Frauenarbeit und Bürorationalisierung – Zur Entstehung geschlechtsspezifischer Trennungslinien in großbetrieblichen Verwaltungen. Frankfurt/M.-New York

Grüning, Marlies 1989: Frauenbeschäftigung in Industriebüros. Bielefeld

Dorothea Schmidt (2008): Die Lehre von der Wirtschaft und ihren Studierenden

Gutenberg, Erich 2002: Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft, Akademische Festrede bei der Universitätsgründungsfeier am 22.5.1957, wiederabgedruckt in: Brockhoff, Klaus: Geschichte der Betriebswirtschaftslehre – Kommentierte Meilensteine und Originaltexte. Wiesbaden, S. 119-130

Hagemann, Karen 1990: Frauenalltag und Männerpolitik – Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik. Bonn

Handelshochschule Berlin. Berlin 1925

Handelshochschule Berlin – Personal- und Vorlesungsverzeichnis WS 1938/39

Hayashima, Akira 2004: Die Absolventen der Handelshochschulen der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin. In: Kwansai Gakuin University Social Sciences Review, Vol. 9, S. 21-48

Heintz, Bettina/Nadai, Eva/Fischer, Regula/Ummel, Hannes 1997: Ungleich unter Gleichen – Studien zur geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes. Frankfurt/M., New York

Henning, Friedrich-Wilhelm 1990: Von der Handelsakademie zur Handelshochschule (18. bis 20. Jahrhundert). In: Ders. (Hg.) Handelsakademien – Handelshochschulen – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät: der Weg von der Handelsakademie und Handlungswissenschaft des 18. Jahrhunderts zur Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und Betriebswirtschaftslehre des 20. Jahrhunderts. Köln-Wien, S. 53-79

Henning, Friedrich-Wilhelm 1993: Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1992. Paderborn

Herkner, Heinrich 1899: Das Frauenstudium in der Nationalökonomie. In: Archiv f. soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 8, S. 227-254

Hummel, Thomas R. 1984: Zur Studienreform in den Wirtschaftswissenschaften. In: Ders. (Hg.): Das Studium der Wirtschaftswissenschaften. Frankf./M-New York, S. 83-100

Hummel, Thomas/Walew, Benko 1989: Wirtschaftswissenschaftliche Hochschulausbildung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik – ein Vergleich, Diskussionspapier Nr. 16/89 des Forschungsprojekts „Ökonomische Theorie der Hochschule“

Hundt, Sönke 1977: Zur Theoriegeschichte der Betriebswirtschaftslehre. Köln

Interview mit Notker Küng 1976. In: Der Volks- und Betriebswirt, Nr. 4, S. 82-83

Janssen, Hauke 1998: Nationalökonomie und Nationalsozialismus – Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren. Marburg

Kiefer, Hans-Jakob 1974: Welche beruflichen Chancen haben Wirtschaftswissenschaftler heute und in Zukunft? Steigende Nachfrage oder Überangebot? In: Der Volks- und Betriebswirt, Nr. 11, S. 265-269

Krause, Günter 1998: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg

Nemitz, Kurt 1976: Der Wirtschaftswissenschaftler in Kreditinstituten und der Deutschen Bundesbank. In: Der Volks- und Betriebswirt, Nr. 11, S. 240-242

Netzold, Alfred/Kiefer, Hans-Jakob 1972: Der Arbeitsmarkt für Volks- und Betriebswirte. In: Der Volks- und Betriebswirt, Nr. 1, S. 20-22

Dorothea Schmidt (2008): Die Lehre von der Wirtschaft und ihren Studierenden

Ostow, Robin 1993: Die volkseigene Familienromanze. In: Reese, Dagmar/Rosenhoff, Eve/ Sachse, Carola (Hg.): Rationale Beziehungen? Geschlechterverhältnisse im Rationalisierungsprozeß. Frankfurt/M., S. 344-362

Programm der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Hochschule für Ökonomie 1958. In: Wissenschaftliche Zeitschrift – Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, (H. 4), S. 273-287

Raydt, Hermann 2002: Zur Begründung einer Handels-Hochschule Leipzig (Denkschrift im Auftrag der Handeskammer Leipzig, Leipzig 1897), wiederabgedruckt in: Brockhoff, Klaus: Geschichte der Betriebswirtschaftslehre – Kommentierte Meilensteine und Originaltexte. Wiesbaden, S. 119-130

Schär, Johann Friedrich 2002: Allgemeine Handelsbetriebslehre, ursprüngl. Leipzig 1911 (Auszug), wiederabgedruckt in: Brockhoff, Klaus: Geschichte der Betriebswirtschaftslehre – Kommentierte Meilensteine und Originaltexte. Wiesbaden, S. 131-139

Schmidt, Dorothea 1987: Die peinlichen Verwandtschaften – Frauenforschung zum Nationalsozialismus. In: Gerstenberger, Heide/Schmidt, Dorothea (Hg.): Normalität und Normalisierung. Münster, S. 50-65

Schmidt, Dorothea 2004: Zeitgeschichte im Mikrokosmos – Ein Gebäude in Berlin-Schöneberg. Berlin

Schmidt, Margot 1983: Krieg der Männer – Chance der Frauen? Einzug von Frauen in die Büros der Thyssen AG. In: Niethammer, Lutz (Hg.): „Die Jahre weiß man nicht, wo man die hinsetzen soll“ – Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet, Bd. 1. Berlin-Bonn, S. 133--162

Schöck-Quinteros, Eva 1996: „Sie waren schon in reiferen Jahren“ – Nationalökonominnen im wilhelminischen Deutschland. In: Dickmann, Elisabeth/Schöck-Quinteros, Eva (Hg.): Politik und Profession. Bremen, S. 83-120

Schulz, Günther 1985: Die weiblichen Angestellten vom 19. Jahrhundert bis 1945. In: H. Pohl (Hg.): Die Frau in der deutschen Wirtschaft. Wiesbaden, S. 175-215

Schweitzer, Marcell/Wagener, Katja 1998: Geschichte des Rechnungswesens. In: Wirtschaftswissenschaftliche Studien, H. 9, S. 438-446

Statistisches Bundesamt – Bildungsstatistik, VII C- 5 .11

Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, R 4.1

Statistisches Bundesamt, Lange Reihen-Studierende - www.destatis.de/indicators/d/lrbi02ad.htm, 22.8.2005

Statistisches Landesamt Berlin, Hochschulstatistik

Titze, Hartmut 1987: Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820-1944 (= Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd.1: Hochschulen, 1. Teil). Göttingen

Titze, Hartmut 1989: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd.V, 1918-1945. München

Weber, Max 1911: Die Handelshochschulen. Eine Entgegnung. In: Berliner Tageblatt, 27.10., Morgenausgabe

Willms-Herget, Angelika 1985: Frauenarbeit – Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Frankfurt/M.

Dorothea Schmidt (2008): Die Lehre von der Wirtschaft und ihren Studierenden

Winkler, Gunnar (Hg.) 1990: Frauenreport 1990 im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung. Berlin

Zachmann, Karin 2000: Mobilizing Womanpower: Women, Engineers and the East German State in the Cold War. In: Canel, Annie/Oldenziel, Ruth/Zachmann, Karin (Hg.): Crossing Boundaries, Building Bridges – Comparing the History of Women Engineers 1870s-1990s. Amsterdam, S. 211-252

Zachmann, Karin 2004: Mobilisierung der Frauen – Technik, Geschlecht und Kalter Krieg in der DDR. Frankfurt/M., New York

Zschaler, Frank 1997: Vom Heilig-Geist-Spital zur Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Berlin

Dieser Aufsatz ist erschienen in: Maier, Friederike; Fiedler, Angela (Hg.), Verfestigte Schief lagen. Ökonomische Analysen zum Geschlechterverhältnis, Berlin 2008 (edition sigma), S. 95-122